

der Postverwaltungen der Industrieländer geführt. Auf dem Kongreß von Hamburg werden weitere Erhöhungen der Endvergütungen im Briefdienst angestrebt. Das gleiche gilt für die Vergütungen für Durchgangsleistungen auf dem Landweg, dem Seeweg und dem Luftweg — sowohl für die Briefpost als auch für Postpakete.

Seit der Gründung des Weltpostvereins werden die Gebühren und Vergütungen in den Verträgen des Vereins in Goldfranken zu 100 Goldcentimen ausgedrückt (1 Goldfranken = 0,290323 g Feingold). Durch das am 1. April 1978 in Kraft getretene Zweite Abkommen zur Änderung des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds wurde den Mitgliedsländern des IMF untersagt, ihre nationale Währungseinheit unter Bezug auf Gold zu definieren. Damit entfiel die Möglichkeit, Goldfrankenbeträge direkt oder über eine fremde Währung mit Goldparität in nationale Währung umzurechnen.

Als zusätzliches und neues Währungsreservemedium hatte der IMF Anfang der siebziger Jahre die Sonderziehungsrechte (SZR) eingeführt. Inzwischen wird vom IMF täglich der Wert einer Einheit vieler nationaler Währungen in SZR errechnet und veröffentlicht. Es erschien daher geboten, die SZR auch in der UPU als neue Rechnungseinheit einzuführen. Dahin gehende Vorschläge hatten beim XVIII. Kongreß in Rio de Janeiro 1979 nur einen Teilerfolg. Inzwischen hat sich aber die Verwendung von SZR bei der Abrechnung zwischen den Mitgliedsverwaltungen des Weltpostvereins immer stärker durchgesetzt, so daß damit gerechnet werden kann, daß der XIX. Kongreß die Rechnungseinheit des IMF auch de jure zur Rechnungseinheit des Weltpostvereins machen wird.

Von den zahlreichen zu erwartenden Vorschlägen zur Änderung der Zulassungsbedingungen soll nur die Bemühung der Deutschen Bundespost und mehrerer anderer europäischer Verwaltungen erwähnt werden, das Höchstgewicht der Päckchen im internationalen Dienst von 1 kg auf 2 kg zu erhöhen und persönliche Mitteilungen in Päckchen zuzulassen.

Im Rahmen einer zweitägigen Generaldebatte über grundlegende Probleme der Postverwaltungen sollen etwa Fragen der Konkurrenz durch neue Medien und private Beförderungsdienste, Fragen der Dienstleistungsqualität sowie Perspektiven und Konzeptionen der Post für die Zukunft in einem weltweiten Maßstab erörtert werden.

Da der Weltpostverein seit 1948 eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen ist, hat sich der Kongreß nicht nur mit rei-

nen Sach- und Fachfragen der oben geschilderten Art zu befassen, sondern auch mit politischen Fragen, wie sie die UN-Gremien immer wieder beschäftigen. Die Behandlung derartiger Fragen hat bei einigen früheren Kongressen viel Zeit in Anspruch genommen.

Einen erheblichen Teil seiner Arbeit wird der Kongreß der Behandlung derjenigen Vorschläge, Gegenstände und Dokumente zuwenden müssen, die die Organisation und das Leben des Vereins selbst betreffen, so die Festlegung der Haushaltsobergrenzen für den nächsten Fünfjahreszeitraum, die Wahl des Generaldirektors und des Vizegeneraldirektors des Internationalen Büros (ebenfalls für fünf Jahre) sowie die Wahl der Mitglieder des Vollzugsrats und des Konsultativrats für Poststudien.

Einen breiten Raum wird die Behandlung der Berichte über die geleistete postalische Entwicklungshilfe sowie über die Richtlinien auf diesem Gebiet für die nächsten Jahre einnehmen. Weiter soll der Kongreß für seine eigene Arbeit neue Verfahren beschließen, die es ermöglichen, die Dauer der Weltpostkongresse zu verkürzen, und schließlich hat er darüber zu beschließen, in welchem Land 1989 der XX. Weltpostkongreß stattfinden soll.

Das wichtigste ist, daß die UPU nach Abschluß des XIX. Kongresses und Unterzeichnung der von ihm in Hamburg erneuerten Verträge des Vereins (Unterzeichnungsdatum 27. Juli 1984) in gewohnt effektiver und kooperativer Weise ihre unerläßliche weltweite Mission so erfüllen kann, wie es Mitgliedsländer und Postbenutzer von ihr fordern.

Anmerkungen

- 1 Zur bereits 1865 (als Internationale Telegraphen-Union) gegründeten ITU siehe Gert Hausmann, Die Internationale Fernmelde-Union, VN 2/1979 S. 57 ff.
- 2 Die zehn Kommissionen des Vollzugsrats: 1. Personal; 2. Haushalt; 3. Allgemeine Angelegenheiten (juristische, organisatorische und statutarische Angelegenheiten des Weltpostvereins), »Generalkommission«; 4. Briefpost; 5. Durchgangs- und Endvergütungen für die Briefpost; 6. Luftpost; 7. Postpakete; 8. Postgeld- und Postbankdienste; 9. Technische Zusammenarbeit; 10. Information und Dokumentation.
- 3 Die sieben Kommissionen des Konsultativrats für Poststudien: 1. Die Zukunft der Postdienste; 2. Fragen des Postbetriebs; 3. Postmechanisierung, Gebäude und Kraftfahrzeugwesen; 4. Finanzdienste und Abrechnung; 5. Personal; 6. Postalische Leitung; 7. Internationale Post.
- 4 Die fünf Abteilungen des Internationalen Büros: Generaldirektion; Juristische und administrative Abteilung; Abteilung für Postdienste; Abteilung für Technische Zusammenarbeit und Poststudien; Finanzsektion.

Vertrauensbildung in Mittelamerika

Der Beitrag der Weltfriedensakademie zum Contadora-Prozeß

INDAR JIT RIKHYE · JACK CHILD

Jegliches Vorgehen gegen nicaraguanische Häfen (insbesondere durch das Verlegen von Minen) unverzüglich einzustellen, hat der Internationale Gerichtshof am 10. Mai den Vereinigten Staaten durch eine einstweilige Anordnung aufgegeben (vgl. S.108f. dieser Ausgabe). Vorangegangen war ein Veto Washingtons im Sicherheitsrat am 4. April gegen einen Entschließungsentwurf Nicaraguas (Text: S.111 dieser Ausgabe, vgl. auch S.97f.), fast auf den Tag genau zwei Jahre nach dem anlässlich der ersten Behandlung der Lage in Mittelamerika und der Karibik eingelegten US-Veto¹. Die krisenhafte Entwicklung in Zentralamerika, die sich auf der Ebene der Weltorganisation im diplomatischen Schlagabtausch zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua widerspiegelt, hat Vermittler aus der Region auf den Plan gerufen. Bereits am 9. Januar 1983 hatten die auf der Insel Contadora zusammengekommenen Außenminister Mexikos, Kolumbiens, Panamas und Venezuelas zur Entspannung aufgerufen und ihre Vermittlung angeboten. In Resolution 530 (1983)² hat der Sicherheitsrat diese »Contadora-Initiative« un-

terstützt; die 38. Generalversammlung hat in Resolution 38/10 (Text: S.110 dieser Ausgabe) ihre »entschiedene Unterstützung für die Contadora-Gruppe« erklärt.

Weniger im Rampenlicht der internationalen Öffentlichkeit als die Bemühungen der Contadora-Staaten stehen ergänzende diskrete Versuche, die Vertrauensbildung zwischen den Streitparteien zu fördern, auf sozusagen informeller Ebene. Hier kommt die »Weltfriedensakademie« ins Spiel, die sich seit gut einem Jahr besonders der mittelamerikanisch-karibischen Konfliktzone widmet. Aus der folgenden Darstellung wird die spezifische Herangehensweise dieser Einrichtung deutlich, zugleich aber auch der Umfang des Konfliktpotentials, der Vermittlung so schwierig — und zugleich unabdingbar — macht.

I. Die Weltfriedensakademie (IPA)

Mehr als 2 250 Diplomaten, Militärs, Entscheidungsträger und Wissenschaftler aus 125 Staaten haben bisher an Seminaren

der Weltfriedensakademie (International Peace Academy, IPA) auf vier Kontinenten teilgenommen. UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar hat ihre Arbeit folgendermaßen gewürdigt:

»Seit ihrer Gründung im Jahre 1970 hat die Weltfriedensakademie einen zunehmend bedeutenden Beitrag zur Erforschung von Friedenssicherung und Friedensschaffung geleistet, insbesondere zur Weiterentwicklung der Fähigkeiten und Techniken, die die Wirksamkeit friedenssichernder Maßnahmen erhöhen. Die von der Akademie durchgeführten Seminare haben gezeigt, wie neue Ideen entstehen können: Unmittelbare Erfahrungen von Veteranen der Friedenssicherung, zivilen wie militärischen, konnten mit den konzeptionellen Beiträgen von Wissenschaftlern und Diplomaten zusammengebracht werden. Gerade diese gelungene Verbindung von Theorie und Praxis hat die Akademie zu einer so einzigartigen und außergewöhnlich fruchtbaren Institution gemacht.«

Die IPA, deren Sitz sich in New York befindet³, ist eine unparteiische, nicht gewinnorientierte Bildungseinrichtung, die hauptsächlich

- internationale Seminare für besonders qualifizierte Fachleute zur Einübung der Fähigkeiten und Verfahrensweisen der Friedenssicherung, des multilateralen Verhandeln und der Vermittlung plant und durchführt⁴;
- vertrauliche Treffen von Streitparteien organisiert;
- Publikationen und Instruktionsmaterial herausgibt sowie
- Forschungsarbeiten zu Fragen der regionalen Sicherheit in Afrika, Asien, dem Nahen Osten, der Karibik und Lateinamerika anregt.

Der Verwaltungsrat ist international zusammengesetzt; unter anderem gehören ihm die UN-Botschafter der Bundesrepublik Deutschland (Günther van Well), Kanadas (Gérard Pelletier), Singapurs (Tommy Koh), Tunesiens (Taïeb Slim) und Ugandas (Olara Otunnu) an. Dazu gehören auch die Untergeneralsekretäre der Vereinten Nationen Yasushi Akashi (aus Japan), Brian Urquhart (aus Großbritannien) und Eugeniusz Wyzner (aus Polen), der Beigeordnete Generalsekretär James Jonah (aus Sierra Leone) sowie der Präsident der 36. Generalversammlung, der Iraker Ismat Kittani.

Die IPA finanziert sich durch Zuwendungen von Stiftungen, Privatpersonen und Firmen, in geringem Umfang auch durch Gebühren von Seminarteilnehmern. Zwei Drittel der Ausgaben wurden 1982 für Seminare, Konferenzen und Publikationen verwendet.

Für unseren Ansatz, Vertreter von Streitparteien zu vertraulichem Gespräch zusammenzubringen, mögen die drei IPA-Treffen zu Frieden und Sicherheit in Mittelamerika und der Karibik stehen. Wir haben sie veranstaltet in der Überzeugung, daß Analyse und Diskussion der Konfliktlage Hinweise geben könnten auf mögliche Wege zu ihrer friedlichen Auflösung. Drei nichtöffentliche Seminare wurden abgehalten: das erste vom 28. bis 30. Mai 1983 auf Barbados, das zweite vom 7. bis 9. Oktober 1983 in Cancun (Mexiko) und das dritte vom 8. bis 11. März 1984 in Ixtapa (Mexiko). Die Teilnehmer der Seminare kamen aus den am Konflikt beteiligten oder stark interessierten Staaten: aus Nicaragua und seinen beiden Nachbarstaaten, aus Kuba und den Vereinigten Staaten, aus den Contadora-Staaten (mit Ausnahme Venezuelas⁵), aus anderen Staaten der Region, aber auch etwa aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien; auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) war vertreten. Die Form des Seminars gestattet es der Akademie, ein breites Spektrum von Personen aus akademischen, Regierungs-, Geschäfts- und privaten Bereichen in einer informellen Atmosphäre zusammenzubringen, die offizielle Posen vermeidet und den freien Austausch der Gedanken gestattet. Alle Diskussionsbeiträge sind nicht zitierfähig und die Teilnehmer sind als Privatpersonen anwesend.

II. Die Ziele der Contadora-Gruppe

Diese Art Gedankenaustausch wurde bei den drei Tagungen tatsächlich erreicht. Obwohl auch autorisierte Papiere vorgelegt

wurden, erstreckte sich die Arbeit der ersten beiden Seminare hauptsächlich auf die offene und lebhaft diskutierte Diskussion der folgenden Themen:

- Entwicklungen in der Region;
- die Dimensionen der gegenwärtigen Krise;
- die zugrundeliegenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme und die Rolle der Entwicklungshilfe;
- die Anwendbarkeit von Techniken der Konfliktlösung (friedenssichernde, friedensschaffende und vertrauensbildende Maßnahmen);
- laufende Initiativen für Frieden und Entwicklung;
- die Aktivitäten der Contadora-Gruppe (Mexiko, Kolumbien, Panama und Venezuela).

Das letzte Seminar in Ixtapa befaßte sich mit

- einer Inhaltsanalyse der Erklärung über die Ziele der Contadora-Gruppe⁶ (der »21 Punkte« vom September 1983, die auch von den mittelamerikanischen Staaten gebilligt worden waren), um zu prüfen, inwieweit friedenssichernde und vertrauensbildende Maßnahmen zum Erreichen von Zielen der Contadora-Gruppe beitragen könnten;
- den verschiedenen Bedrohungsvorstellungen der mittelamerikanischen Nationen und ihren Grundlagen;
- den Möglichkeiten von politischen und Verhandlungslösungen für die Krisen in der Region;
- den Mechanismen für die Entschärfung des in der Region angehäuften Zündstoffs (z. B. Aufrüstung, Präsenz ausländischer Militärberater und Destabilisierungsversuche).

Die Tätigkeit der Contadora-Gruppe war ein Hauptbrennpunkt der Seminare. Die Teilnehmer erhielten maßgebende Informationen über die Aktivitäten, Probleme und Fortschritte dieser Gruppe. Große Aufmerksamkeit wurde insbesondere den beiden grundlegenden Contadora-Dokumenten gewidmet: den 21 Punkten der Absichtserklärung vom September 1983 und den Prinzipien zu ihrer Durchführung⁷ vom Januar 1984; die Teilnehmer tauschten einige interessante Gedanken über die Priorität der verschiedenen Ziele und die Wege zu ihrer Verwirklichung aus. Die Beziehung der Contadora-Gruppe zu internationalen Organisationen (den Vereinten Nationen und der OAS) wurde ebenso untersucht wie die Rolle anderer bilateraler und multilateraler Friedensinitiativen.

Der Contadora-Prozeß wurde von den Teilnehmern der Seminare als größte Hoffnung für eine friedliche Lösung der mittelamerikanischen Krise entschlossen unterstützt. Es herrschte auch die Überzeugung, daß die Contadora-Initiative eine Bedeutung hat, die über die spezifische Verhandlung aktueller Konflikte hinausgeht: daß sie mit vier lateinamerikanischen Vermittlern und fünf mittelamerikanischen Betroffenen einen Markstein in der Geschichte der internationalen Beziehungen der lateinamerikanischen Nationen darstellt. Dies sei besonders bemerkenswert, hielten einige Teilnehmer fest, da sie in einem Gebiet ablaufe, das historisch unter beträchtlichem und bis heute fortwährendem Einfluß der Vereinigten Staaten steht, und sie als wichtige Reaktion auf die Politik der USA in der Region interpretiert werden könne. So hat der Contadora-Prozeß zugleich einen beträchtlichen Symbolwert, und ihn abzulehnen oder abzutun bedeutet in gewissem Sinne, den Nationen der Region die Fähigkeit zur Lösung ihrer eigenen Probleme abzuspochen. Zu erwähnen sind auch die Wirkungen, die die Contadora-Bemühungen auf die lateinamerikanische Integration haben. Der nun schon geraume Zeit währende Prozeß der Konsultationen und Verhandlungen hatte den Kontakt zwischen den Nationen der Region beträchtlich verstärkt; ein Seminarteilnehmer stellte fest, daß über 100 höchst fähige und spezialisierte Fachleute aus den beteiligten Ländern ständig an den Einzelheiten der nächsten Schritte des Prozesses arbeiten, und meinte, daß dieses hohe Maß an internationaler Zusammenarbeit beispiellos sei und eine Wirkung haben müsse, die über den Verhandlungsprozeß selbst hinausgeht. Durchweg wurden die Contadora-Bemühungen als anhaltender Prozeß bezeichnet und nicht einfach als Vereinbarung oder Vertrag. Ihre hauptsächlichsten Ziele wurden von einem Teilnehmer als Waffenstillstand und Abrüstung zuzüglich politischer und sozioökonomischer Anstrengungen zur Lösung der grundlegenden Probleme der Region definiert. In diesem Licht betrachtet, hat

der Contadora-Prozeß sowohl kurz- als auch langfristige Ziele; das kurzfristige Ziel der Krisen-Eindämmung — das Ausbrechen eines größeren regionalen Konflikts zu verhindern — wurde erreicht. Alle Teilnehmer erkannten jedoch, daß diese Errungenschaft, so wichtig sie auch war, nur zweitrangig sein konnte hinter dem Gewinn an Zeit zur Lösung der grundlegenden Probleme, die die Region an den Rand der Katastrophe geführt haben.

Weniger Einigkeit zeigten die Seminarteilnehmer hinsichtlich der Faktoren, die verhindern, daß die längerfristigen Ziele des Contadora-Prozesses vollständig und rasch erreicht werden. Die einen meinten, die Vereinigten Staaten seien das Haupthindernis wegen ihrer Unterstützung für manche der Akteure in dem Konflikt und wegen ihrer mangelnden Bereitschaft, ein gewisses Maß ihres historischen Einflusses (einige würden sagen, ihrer Hegemonie) in der Region aufzugeben. Andere Teilnehmer waren der Auffassung, daß dies eine Übertreibung sei und daß die Ziele der Politik der Vereinigten Staaten tatsächlich denen der Contadora-Gruppe entsprächen. Unterschiedlich waren auch die Einschätzungen der weiteren Aussichten des Contadora-Prozesses.

Wie zuvor angedeutet, waren die in der Absichtserklärung der Contadora- und mittelamerikanischen Nationen vom September 1983 enthaltenen 21 Punkte Gegenstand ausgedehnter Erörterungen. Am letzten Tag des Seminars in Cancun bat der Präsident der IPA die Teilnehmer, ihre Aufmerksamkeit auf die Frage zu konzentrieren, welcher der Punkte zuerst implementiert werden sollte, indem er bemerkte, daß die 21 Punkte in dem Dokument in keiner besonderen Ordnung hinsichtlich Priorität oder funktionaler Gruppierung aufgelistet sind. Diese Aufforderung führte zu einer lebhaften und gewinnbringenden Debatte, da alle Teilnehmer das Thema aufgriffen. Einigen erschienen die 21 Punkte als symbiotisches Ganzes, das nicht zwecks stückweiser Umsetzung auseinandergerissen werden sollte. Andere argumentierten, daß dieser umfassende Ansatz den Prozeß zum Scheitern verurteilen müsse, da es nicht möglich sei, in so viele Richtungen zugleich zu gehen; es wäre besser, erst einmal mit den einfachen und machbaren Punkten anzufangen. Dies würde einen Sinn für Prioritäten erfordern und eine realistische Einschätzung dessen, was möglich und nötig ist.

Eindeutiges Einvernehmen unter den Teilnehmern herrschte darüber, daß der Kern der 21 Punkte in der politischen (und tatsächlich moralischen) Verpflichtung besteht, seitens aller Beteiligten eine Verhandlungslösung anzustreben; als Folge dieser Haltung müssen die Parteien die Überzeugung gewinnen, daß ein militärischer Sieg nicht mehr möglich ist — weder für sie selbst, noch für ihre so verstandenen Gegner. Diese Vorstellung ist tatsächlich in den ersten sechs Punkten des Dokuments enthalten.

Das Seminar nahm auch Kenntnis von den Punkten, die Techniken aus dem Bereich friedenssichernder und vertrauensbildender Maßnahmen erfordern. Dieses Gebiet wurde als besonders geeignet für eine Beteiligung der Weltfriedensakademie angesehen, da hier die IPA aufgrund ihrer vorherigen Erfahrungen in anderen Teilen der Welt in der Lage ist, technische Beratung von unschätzbarem Wert beizusteuern. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Punkte 11 (»Unterbindung des Waffenhandels«) und 14 (»Einrichtung und Koordinierung direkter Kommunikationssysteme« zwecks Vermeidung von Zwischenfällen) wie auch der letzte Absatz (»Einrichtung angemessener Verifizierungs- und Überwachungssysteme«) des Dokuments⁶.

Eine allgemeine Schlußfolgerung, zu der die Teilnehmer nach detaillierter Untersuchung der 21 Punkte gelangten, war die, daß die Contadora-Gruppe weiterhin durch den Prozeß der Verhandlungen, der Festlegung von Strategien und Prioritäten wirksam werden muß. Nicht alle Konflikte sprechen auf die gleiche Kombination der 21 Punkte an — wengleich die verschiedenen Konflikte in Mittelamerika miteinander verknüpft



sind —, was im Contadora-Prozeß bei der fortwährenden Suche nach friedlichen Lösungen berücksichtigt werden muß.

III. Sicherheits- und politische Aspekte; UNO und OAS

In den Seminaren wurde beträchtliche Zeit damit zugebracht, die Sicherheitsaspekte der Contadora-Durchführungs-Prinzipien vom Januar 1984⁷ zu erörtern. Die sicherheitspolitischen Ziele der Contadora-Gruppe umfassen die Vorbereitung einer Registrierung von militärischen Einrichtungen, Waffen und Truppen sowie einer Zählung der ausländischen Militär- und Sicherheitsberater, ferner die Identifizierung und Auflösung irregulärer destabilisierender Kräfte, die Lokalisierung und Eliminierung des illegalen Waffenhandels und die Errichtung von Kommunikationsmechanismen für die Verhinderung und Beilegung von Zwischenfällen. In der Beurteilung des politischen Willens der Beteiligten zur Durchführung dieses Programms gingen die Meinungen auseinander. Einige Teilnehmer argumentierten, daß sich die Anstrengungen auf die Herstellung des politischen Willens konzentrieren sollten, in der Annahme, daß die nötigen Einzelheiten zu Verifizierungs- und Beobachtermissionen schnell ausgearbeitet werden könnten, sobald der politische Wille manifest wird. Andere glaubten, daß die Aufstellung einer größeren Verifizierungs- und Beobachtermission ein sehr schwieriges Unterfangen sei, das enge Koordinierung verlange, die nicht einfach zu bewerkstelligen sei; tatsächlich wurde ein düsteres Szenario gezeichnet, wonach der Contadora-Prozeß trotz des politischen Willens scheitern könnte, wenn man sich den technischen Details nicht frühzeitig und angemessen zuwende. Eine weitere Komplikation könnte darin liegen, daß die eine oder andere Konfliktpartei es lediglich bei einem Lippenbekenntnis bewenden ließe und damit den Prozeß der Implementierung von Anfang an zum Scheitern verurteilen würde.

Mehrere Teilnehmer bemerkten, daß traditionelle Auffassungen von »nationaler«, »regionaler« und »hemisphärischer« Sicherheit in Frage gestellt würden. Ereignisse wie die andauernde Krise in Mittelamerika, der Krieg im Südatlantik von 1982 und die Intervention in Grenada wiesen auf beträchtliche Unterschiede in den gegenwärtigen Sicherheitskonzepten hin. Ein Beobachter stellte fest, daß traditionelle Fragen wie die Sicherheit an den Grenzen vielleicht am einfachsten zu lösen wären, daß die mittelamerikanische Krise aber einige Fragen der inneren Sicherheit enthalte, die — zusammen mit den Interessen und der Präsenz der Akteure von außerhalb der Region — den Prozeß der Konfliktlösung enorm komplizierten. Die Versorgung mit Waffen und Militärhilfe durch auswärtige Akteure wurde von mehreren Teilnehmern kritisiert und abgelehnt; andere antworteten, daß diese Militärhilfe notwendig sei wegen der Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit.

Einige Zeit wurde den spezifischen Problemen der Aufstellung einer Friedensbeobachtermission gewidmet. Die Anwesenden hatten das Glück, von den Erfahrungen mehrerer Teilnehmer zu hören, die einschlägige Erfahrungen hatten, einschließ-

lich solchen von Einsätzen bei der OAS-Beobachtermission entlang der Grenze zwischen Honduras und El Salvador nach dem Konflikt von 1969 und nochmals 1976. Es wurde festgestellt, daß dies zwar wichtige und einschlägige Präzedenzfälle seien, daß aber die Komplexität der gegenwärtigen mittelamerikanischen Konflikte, die Menge der Beteiligten und das Niveau der Spannungen wie der Bewaffnung den Wert dieser Präzedenzfälle einschränkten und eher dazu dienten, zu veranschaulichen, eine wieviel größere Anstrengung der Contadora-Gruppe erforderlich sein könnte. In diesem Zusammenhang wurden Fragen aufgeworfen im Hinblick darauf, wer das Personal, die logistische und finanzielle Unterstützung für solche Bemühungen liefern sollte. Es wurde bemerkt, daß in der Vergangenheit die Vereinigten Staaten einen großen Teil der Ausrüstung bei interamerikanischen Bemühungen um Friedenssicherung und Friedensbeobachtung geliefert hatten, daß dies aber im gegenwärtigen politischen Kontext in Mittelamerika wohl nicht möglich wäre. Die Suche nach allseits akzeptablen neutralen Dritten, die bereit wären, solche Aufgaben zu übernehmen, dürfte nicht einfach sein.

Es wurde der interessante Vorschlag gemacht, bei den Sicherheitsangelegenheiten schrittweise vorzugehen; dies würde bedeuten, daß die zuerst in Angriff zu nehmenden Aufgaben die einfacheren sein sollten, die große Aussicht auf Erfolg hätten und die geringsten Mittel erforderten. So würde der Prozeß mit Aktionen in Gang gesetzt, bei denen positive Ergebnisse am wahrscheinlichsten sind, was der Vertrauensbildung unter allen am Prozeß Beteiligten diene und somit künftige Fortschritte bei den komplizierteren Problemen begünstige.

Hinsichtlich der politischen Aspekte des Contadora-Prozesses wurde von einigen Teilnehmern bemerkt, daß das Schlüsselement der politische Wille sei und daß in dem Moment, in dem sich der politische Wille bemerkbar macht, sämtliche Details mit dem richtigen Aufwand an Aufmerksamkeit, Personal und Ressourcen gelöst werden könnten. Andere entwickelten das Argument weiter, mit dem Ergebnis, daß ungelöste Detailfragen auch das mit den besten Absichten zustande gebrachte Abkommen unterhöhlen könnten. Ein Teilnehmer argumentierte, daß es so etwas wie eine unpolitische technische Einzelheit in Mittelamerika gar nicht gebe und daß man nicht versuchen solle, solche technischen Details von ihrem politischen Umfeld zu isolieren.

Verschiedene Beobachter mit intimer Kenntnis Mittelamerikas unterstrichen die Unterschiede zwischen den fünf Nationen und argumentierten, daß Außenstehende historisch dazu tendiert haben, homogene Lösungen für mittelamerikanische Probleme vorzuschlagen, die die unter oberflächlichen Ähnlichkeiten verborgenen sehr realen Unterschiede übergehen. Daher kann eine Lösung, die in einem Land mit einem bestimmten historischen und sozialen Hintergrund vielleicht funktioniert, in einem anderen zum Fehlschlag geraten. Einiger Pessimismus drückte sich in der Vermutung aus, daß politische Lösungen nicht so bald erreicht würden. Für einige hatte sich die Konfliktsituation noch nicht bis zu dem Punkt »kristallisiert«, da eine friedliche Lösung wahrscheinlich erscheint. Trotz des tragischen Ausmaßes an Gewalt und menschlichem Leid schienen viele Konfliktparteien noch an eine militärische Lösung zu akzeptablem Preis zu glauben und sahen immer noch nicht den Wert von Kompromiß und Verhandlungslösung ein.

Bekanntlich sind die Vereinten Nationen jetzt sowohl mit der mittelamerikanischen Krise als auch mit den Bemühungen der Contadora-Gruppe beschäftigt. Einige Teilnehmer kommentierten besonders die Tatsache, daß sich Nicaragua mit Aggressionsbeschuldigungen an die Vereinten Nationen gewandt und nicht die Möglichkeit gewählt habe, sich allein auf das regionale Organ (die Organisation Amerikanischer Staaten) zu verlassen — wegen der globalen Art der Bedrohung und dem Empfinden, daß es innerhalb der OAS eine gewisse Voreingenommenheit gebe. Der Ausschluß gewisser Länder und Regierungen aus der OAS (Kuba, Belize und Guyana) wurde beklagt und als Faktor

angesehen, der die Fähigkeit der Organisation vermindert, sich mit Krisen zu befassen, die diese Nationen direkt oder indirekt betreffen.

Die Erörterungen konzentrierten sich auch auf die Frage, ob es positive oder negative Auswirkungen hätte, die Contadora-Bemühungen in den Vereinten Nationen oder der OAS voranzutreiben. Es wurden die unter Mithilfe dieser Organisationen zustande gekommenen friedlichen Lösungen der Vergangenheit untersucht (besonders die OAS-Aktionen in früheren mittelamerikanischen Konflikten); dabei wurde eingeräumt, daß die Art der gegenwärtigen Krise eine völlig andere sei. Trotzdem herrschte der Eindruck, daß es schließlich notwendig werden könnte, den Contadora-Prozeß in eine dieser beiden internationalen Organisationen einzubinden, besonders, wenn die Durchführung von Verifikations- und Friedenssicherungsmaßnahmen vor Ort nötig würde. Als Ad-hoc-Gruppe besitzen die Contadora-Nationen manche Vorzüge und große Flexibilität, die sie verlieren müßten, wenn sie im Rahmen einer internationalen Organisation arbeiten würden; die internationalen Organisationen bieten jedoch auch gewisse logistische und administrative Vorteile, die die Contadora-Gruppe nicht offerieren kann.

Manche Teilnehmer waren freilich der Meinung, daß einige der Spannungsherde auf bilaterale Angelegenheiten reduziert werden könnten, sofern sich die äußeren Faktoren eliminieren ließen. So könnte der Pfad zum Frieden in Mittelamerika viel weniger steinig werden, wenn die nicaraguanisch-honduranischen und die nicaraguanisch-costaricanischen Probleme bilateral unter den beteiligten Nationen geregelt werden könnten. Die Erörterungen widmeten sich auch den Möglichkeiten anderer Nationen und Gruppen, im Friedensprozeß ihre Hilfe beizusteuern. Von besonderem Interesse sind hierbei potentielle Beiträge grenzüberschreitender Zusammenschlüsse etwa von politischen Parteien. Mehrere europäische Teilnehmer erläuterten, wie die Mittelamerika-Krise von Europa aus gesehen wird und welche europäischen Beiträge geleistet werden könnten.

Allgemeine Schlußfolgerung war, daß der Contadora-Prozeß weiterhin der entwicklungsfähigste und erfolgversprechendste Weg ist, und daß alle anderen Ansätze und Beiträge, so erwünscht sie auch sind, den Contadora-Prozeß ergänzen und keine Energien davon ableiten oder vergeuden sollten. Hinsichtlich der internationalen Organisationen schien der Eindruck vorzuherrschen, daß ihre Beteiligung eine zweifelhafte Segnung wäre und daß sie nicht mehr als nötig aktiv eingreifen sollten; eine exzessive Beteiligung könnte einen Prozeß polarisieren und bürokratisieren, der bis jetzt genau deshalb funktioniert hat, weil er konkret, unbürokratisch und flexibel ist.

IV. Konfliktursachen, Konfliktumfeld, Friedenssicherung

Erörtert wurden auch Fragen aus dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umfeld:

- das Ausmaß, in dem die alten Methoden der sozialen und politischen Kontrolle durch die mittelamerikanischen Eliten angesichts demographischer Veränderungen und der Urbanisierung ihre Wirksamkeit verloren haben;
- die Militarisierung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umfelds infolge der gegenwärtigen Spannungen;
- das lateinamerikanische Dilemma der Nähe zu den Vereinten Staaten und die Gefahren und Chancen, die dies hinsichtlich einseitiger oder gegenseitiger Abhängigkeit mit sich bringt;
- die Notwendigkeit, daß Mittelamerika seine eigene wirtschaftliche Integration fördert und gleichzeitig seine Toleranz gegenüber politischer Verschiedenheit erhöht; die besondere soziale und politische Rolle von Schlüsselinstitutionen (Kirche, Militär, Erziehungswesen);
- die gegenseitige Abhängigkeit der Ereignisse in Mittelamerika und ihre Verknüpfung mit der Weltwirtschaftskrise;
- die möglichen Lösungen für die gegenwärtige Wirtschaftskrise — von effektiveren Integrationsbemühungen bis hin

zu einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und der Washingtoner Initiative für das Karibische Becken (Caribbean Basin Initiative, CBI).

Obwohl in den Seminaren diese Thematik nicht im Vordergrund stand, herrschte Einigkeit darüber, daß die eigentlichen Wurzeln der — freilich durch andere Faktoren verschlimmerten — mittelamerikanischen Krise in eben diesem sozio-ökonomischen Bereich liegen. Daher muß man diesem Bereich — den grundlegenden und langfristigen Aspekten der Krise — dringende Aufmerksamkeit zuwenden, sobald der unmittelbare Konflikt in Mittelamerika erst überwunden ist.

Eine lebhafte und höchst kontroverse Diskussion entzündete sich an der Rolle der Vereinigten Staaten. Untersucht wurde, in welchem Maß die Spannungen und Probleme in der Region auf vergangene und gegenwärtige Aktionen der Vereinigten Staaten zurückzuführen sind. Einige Teilnehmer argumentierten eindringlich, daß die historische Ausbeutung durch die Vereinigten Staaten und ihre Interventionen in der Region die Ursachen der gegenwärtigen Probleme seien, sei es, daß diese direkt erfolgten oder durch Aktionen von Stellvertretern der USA unter den konservativen und oligarchischen Kräften in der Region. Andere hielten dafür, daß diese Erklärung eine bequeme Sündenbock-Theorie sei, die es den Mittelamerikanern gestatte, sich aus der Verantwortung für ihre Lage zu stellen, indem sie alles auf den schlechten Einfluß einer Kraft von außerhalb schoben. Manche Teilnehmer nahmen die zunehmende Besorgnis über ein militärisches Eingreifen der Vereinigten Staaten zur Kenntnis, wobei einige diese Sorge als ›Paranoia‹ bezeichneten; es folgte die Diskussion darüber, ob diese ›Paranoia‹ gerechtfertigt sei oder nicht.

Der Mittelamerika-Bericht der Kissinger-Kommission wurde ziemlich detailliert erörtert und von einigen Teilnehmern heftig kritisiert wegen seines, wie sie es sahen, grundlegenden Ansatzes, die revolutionären Bewegungen der Region zügeln zu wollen und wegen seiner geringen Beachtung des Contadora-Prozesses. Andere argumentierten, daß der Bericht nicht aufgrund fragmentarischer Auszüge beurteilt werden dürfe, sondern als Paket mit einer ganzen Reihe von positiven Elementen gesehen werden sollte. Einige Teilnehmer forderten die Vereinigten Staaten auf, ihre Haltung zu den Schlüsselfragen der Unterstützung des Wandels und des Contadora-Prozesses bekannt zu machen; sie schienen zu glauben, daß Washington eine Politik der Hegemonie hinter Lippenbekenntnissen zum Contadora-Prozeß versteckt und eine Politik der wirtschaftlichen Entwicklung vorschlägt, die Probleme allenfalls lindert, zugleich aber eine starke Betonung des militärischen Elements beinhaltet. Andere argumentierten, daß die Vereinigten Staaten im Einklang mit den Zielen der Contadora-Gruppe handelten.

Obwohl der größte Teil der Erörterungen sich auf die Vereinigten Staaten konzentrierte, hielten einige Beobachter fest, daß auch die Sowjetunion Interessen in der Region habe und als Supermacht Situationen ausnutzen werde, die ihr einen geopolitischen oder psychologischen Vorteil gegenüber ihrem Rivalen verschaffen.

Zeitweise schien die Konzentration auf die Mittelamerika-Krise dazu zu führen, daß die Seminarteilnehmer die Tatsache übersehen, daß es auch Zweck der Treffen war, Sicherheitsfragen im Gebiet der Karibik zu untersuchen. Deswegen wurde am letzten Tag des Seminars in Ixtapa einige Zeit hierfür freigehalten. Hauptthema war die Invasion Grenadas, die kurz nach dem Seminar von Cancun im Oktober 1983 stattgefunden hatte. Erwartungsgemäß waren die Seminarteilnehmer in dieser Frage geteilter Meinung. Die Debatte diente aber dazu, die Aufmerksamkeit auf die Frage zu lenken, wie die kleineren Staaten der Karibik Schritte zur Stärkung ihrer Sicherheit unternehmen können. Dieser Teil der Diskussion endete mit dem Vorschlag, die Weltfriedensakademie solle eine spezielle Studie zum Thema der Sicherheit kleiner Staaten erwägen.

Eines der dem Cancun-Seminar vorliegenden Papiere behandelte die Anwendbarkeit friedenssichernder Techniken unter

den Bedingungen des mittelamerikanischen Konflikts. Untersucht werden auch diejenigen Aspekte der Theorie der Konfliktlösung, die die untereinander verbundenen Konzepte der Friedenssicherung (Trennung der Konfliktparteien durch neutrale Dritte), der Friedenschaffung (Dialog und Verhandlung zur Lösung des Konflikts), des Friedensaufbaus (Lösung der zugrundeliegenden Entwicklungsfragen, die die Bedingungen für den Konflikt schaffen) und der vertrauensbildenden Maßnahmen (Verminderung der Möglichkeit eines Krieges aus zufälligem Anlaß) verknüpfen.

Einigen Teilnehmern war dieser Ansatz zu übertrieben technisch; er übersehe den wesentlichen Grund des mittelamerikanischen Konflikts, die Einmischung der Vereinigten Staaten. Andere erkannten den Nutzen dieser Herangehensweise bei zwischenstaatlichen Konflikten an, fragten jedoch nach seiner Anwendbarkeit in Aufstands- oder Bürgerkriegssituationen. Angemerkt wurde auch, daß die Friedenssicherung (d. h. die Trennung der Konfliktparteien durch neutrale Dritte) tatsächlich auch negative Auswirkungen haben kann, indem sie den Kampf verlängert, wenn die dem Konflikt zugrundeliegenden Ursachen nicht durch Dialog und politische Mittel beseitigt werden. Es reicht nicht aus, allein die Stabilität wiederherzustellen, besonders wenn diese Stabilität auf wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten basiert.

Ein Teilnehmer äußerte die Ansicht, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen in Mittelamerika die Friedenssicherung kaum Chancen habe. Die Polarisierung sei so groß, daß der Frieden nur zu erreichen ist, wenn man ihn erzwingt; ihn zu erzwingen, gebe es freilich keine praktikable Möglichkeit. Die Analyse der Geschichte der Friedenssicherung in Lateinamerika (und besonders in der Karibik und in Mittelamerika) gab Grund zu weiterem Pessimismus. Es wurde festgestellt, daß die Erfahrungen mit der Friedenssicherung von vielen in Lateinamerika negativ gesehen werden, besonders wegen der Art und Weise, in der sie von den Vereinigten Staaten als Deckmantel für einseitige Aktionen benutzt wurde.

Trotz dieser negativen Reaktionen nahm das Seminar Kenntnis von den in den 21 Punkten der Contadora-Gruppe enthaltenen Aspekten der Friedenssicherung und Vertrauensbildung und erkannte an, daß diese Methoden einen wichtigen Teil einer schließlichen friedlichen Lösung der mittelamerikanischen Konflikte darstellen könnten. In dem Seminar herrschte allgemein die Überzeugung, daß die technischen Aspekte der Friedenssicherung zu betonen seien, und daß verhindert werden sollte, daß die Friedenssicherung von der einen oder anderen Seite als politisches Instrument mißbraucht wird. Projekte zur Friedenssicherung sollten ein bescheidenes Ausmaß haben, das militärische Element auf ein Minimum reduzieren und konkrete Vertrauensbildung, effektive Kommunikation und Verifizierung in den Vordergrund stellen — vor jeglichem Gedanken an die Aufstellung einer Friedenssicherungstruppe.

V. Empfehlungen der IPA-Seminare

Die Teilnehmer der drei Seminare bestätigten, daß die Contadora-Gruppe die aussichtsreichsten Verfahren für eine friedliche Streitbeilegung durch Verhandlungen vorsieht und daß ein Zusammenbruch ihrer Bemühungen die Chancen für einen künftigen Frieden stark vermindern würde. Übereinstimmung herrschte darin, daß der Prozeß nicht nur die vier Contadora-Länder umfaßt, sondern auch die Unterstützung aller interessierten Parteien in der Region erfordert. Es gab allgemeinen Konsens darüber, daß keine Friedensinitiative Aussicht auf Erfolg hat, wenn nicht alle Hauptbeteiligten den politischen Willen zu einer friedlichen Lösung mitbringen und ihre Pläne für einen militärischen Sieg aufgeben.

Der Contadora-Prozeß wird nicht mit einem Abkommen oder Vertrag enden; eines der Hauptziele sollte vielmehr die langfristige Bemühung um die Lösung der politischen und sozio-ökonomischen Probleme der Region beinhalten. Dies müsse in Stu-

fen erfolgen, wobei jede Stufe vertrauensbildend wirken muß. Wesentlich für den Erfolg einer politischen oder wirtschaftlichen Initiative ist die Unterstützung der Vereinigten Staaten. Zwar haben die USA den Contadora-Prozeß gebilligt, sie müssen jedoch noch ihre volle Unterstützung festschreiben. Beiträge von Staaten und internationalen Organisationen, die nicht direkt am Prozeß beteiligt sind, werden auch befürwortet; wesentlich ist, daß sie den Contadora-Prozeß ergänzen und keine Energien davon ablenken oder vergeuden. Diese Bemühungen könnten bei der Durchführung der Sicherheitsaspekte des Contadora-Prozesses relevant werden: sie könnten die Beschaffung von Mitteln und technischer Beratung umfassen sowie Unterstützung in den Bereichen Friedenssicherung, Friedensbeobachtung, Friedensschaffung und vertrauensbildende Maßnahmen.

Anmerkungen

- 1 Gegen den Entschließungsantrag S/14941 v. 1.4.1982; Text: VN 4/1982 S.147.
- 2 Text: VN 3/1983 S.100.
- 3 Adresse: The International Peace Academy, 777 United Nations Plaza, New York, NY 10017, USA.
- 4 Zu nennen ist insbesondere das jährliche Wiener Seminar zum Thema Friedenssicherung, das in diesem Sommer bereits zum 14. Male stattfindet; eine dieser Veranstaltungen hatte Anlaß zu einem Beitrag in dieser Zeitschrift gegeben (Hans-Peter Kaul, UN-Friedenstruppen: Versuch einer Bilanz. Ein Diskussionsbeitrag aus deutscher Sicht in 33 Thesen, VN 1/1983 S.1ff.). Einmal jährlich wird auch ein Seminar für UN-Diplomaten über multilaterales Verhandeln abgehalten; die fünfte derartige Zusammenkunft fand im April dieses Jahres in Philadelphia statt.
- 5 Was wohl den dortigen Wahlen zuzuschreiben war.
- 6 Enthalten im Anhang zur Mitteilung des UN-Generalsekretärs über die Lage in Mittelamerika, UN-Doc. S/16041 v.18.10.1983.
- 7 Angenommen als Abschlußresolution des Treffens der Außenminister der Contadora-Gruppe mit den Außenministern der mittelamerikanischen Staaten (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) am 8. Januar 1984 in Panama-Stadt.

Eine islamische Alternative zu den Blöcken?

Die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) in den internationalen Beziehungen

REINHARD SCHULZE

In diesem Jahr hat die größte zwischenstaatliche islamische Organisation, die Organisation der Islamischen Konferenz (Organization of the Islamic Conference, OIC; arabisch: munazzamat al-mu'tamar al-islami) gleich zweimal Grund zu feiern. Zum einen kann sie auf eine jetzt fünfzehnjährige Geschichte zurückblicken¹, zum anderen gelang es ihr mit der Aufhebung der Suspendierung der ägyptischen Mitgliedschaft — Ägypten war wegen des Camp-David-Abkommens von 1979 von allen Tagungen und Gremien der OIC ausgeschlossen worden — ihre ungebrochene Attraktivität in der islamischen Welt unter Beweis zu stellen. Daß sie darüber hinaus auch auf der internationalen Ebene Anerkennung fand, drückte sich bereits im Oktober 1975 in der Gewährung des Beobachterstatus durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen aus. Heute gehört mehr als ein Viertel der UN-Mitgliedstaaten zugleich der OIC an.

Rückkehr des volkreichsten arabischen Landes

Von der zehnten Konferenz der islamischen Außenminister (8.–12. Mai 1979 in Fez/Marokko), dem Gremium, das die eigentliche politische Entscheidungsinstanz der OIC darstellt, war die Suspendierung Ägyptens ausgesprochen worden. Den Abbruch der Beziehungen zu Ägypten wollte die OIC aber nicht als vollständigen diplomatischen Boykott verstanden wissen; damit folgte sie nicht der Empfehlung der Ratssitzung der Arabischen Liga in Bagdad (27.–31.3.1979), auf der der »Abbruch der politischen und diplomatischen Beziehungen mit dem ägyptischen Regime« innerhalb »eines Monats« empfohlen worden war². Die OIC reagierte vorsichtiger auf das ägyptisch-israelisch-amerikanische Abkommen vom 26. März 1979. In der Resolution der 1. außerordentlichen Konferenz der Islamischen Außenminister (Conference of Islamic Foreign Ministers, im folgenden: CIFM), die vom 27. bis 29. Januar 1980 in Lahore abgehalten wurde, heißt es dementsprechend nur: »Die Konferenz fordert alle muslimischen Länder auf, zu erwägen, sich dem gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Boykott des ägyptischen Regimes anzuschließen.«³

Neben der Tatsache des Abschlusses eines Friedensvertrages mit dem, wie es oft heißt, »zionistischen Gebilde« — der Vertrag wurde im übrigen von hochrangigen Rechtsgelehrten der größten islamischen Universität al-Azhar in Kairo gebilligt⁴ —, wird vor allem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel kritisiert. Dies ist insoweit erstaunlich, als zwei andere Mitgliedstaaten der OIC schon seit langem in Israel diplomatisch vertreten waren, nämlich die Türkei (allerdings herabgestuft) und der Iran; letzterer hatte jedoch die Beziehungen, die der

Schah im Juli 1960 aufgenommen hatte, nach dem Sieg der islamischen Revolution im Frühjahr 1979 abgebrochen und stattdessen die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) diplomatisch anerkannt.

Auf der vierten Islamischen Gipfelkonferenz (Islamic Summit Conference, ISC) in Casablanca (16.–21.1.1984) war es der hart von Israelis und Dissidenten aus den eigenen Reihen bedrängte Chef der PLO, Yasir Arafat, der sich für eine Wiedereingliederung Ägyptens in die OIC stark machte. Vorausgegangen war der spektakuläre Bruderkuß zwischen Arafat und dem ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak im Dezember 1983, der die Reintegration Ägyptens in die »arabisch-islamische Phalanx« einleiten sollte. Die Mehrzahl der Mitgliedstaaten stand vor der Frage, wie die Aufhebung der Suspendierung legitimiert werden könne. Einige schwarzafrikanische Staaten (so Senegal, Gabun, Gambia und Niger) hatten sich schon 1979 der Stimme enthalten. Am schwierigsten war die Position für Saudi-Arabien; seine Führungsrolle in der OIC war allgemein anerkannt. Auf der 2. ISC (22.–24.2.1974) in Lahore war dem damaligen König Faisal sogar der Titel eines Kalifen (amir al-mu'minin) angetragen worden, und auch der jetzige König Fahd scheint sich mit seinen Friedensbemühungen im Libanon-Konflikt schon einige Anerkennung erworben zu haben. Daher war es nicht verwunderlich, daß die saudische Position zur Wiederaufnahme Ägyptens für die anderen Mitgliedstaaten der OIC — mit Ausnahme Libyens, Syriens, des Iran und des Demokratischen Jemen — einige Bedeutung hatte. Die saudische Argumentation war denkbar einfach: Die Palästinenser als Hauptbetroffene der ägyptischen Vertragspolitik mit Israel sollten selbst entscheiden. Da Arafat und seine PLO-Fraktion weiterhin politisch von den meisten arabisch-islamischen Regimen gestützt wurden, war seine Entscheidung zumindest moralisch bindend. Ein saudischer Beobachter, Kamal ad-Din Mustafa, beschrieb die Diskussion auf der ISC von Casablanca wie folgt:

»Arafat, der Führer der PLO, verteidigte heftig die Rückkehr Ägyptens in die islamische Front und lobte Husni Mubarak. ... Ja, er versuchte sogar anzuzweifeln, ob der 1979 gefaßte Beschluß, Ägyptens Mitgliedschaft einzufrieren, (überhaupt) rechtmäßig war. Er fragte nämlich, ob es in der Satzung der OIC einen Paragraphen gebe, der die Einfrierung einer Mitgliedschaft erlaubt. Derart war in der Tat die Verteidigung Ägyptens durch Arafat.«

Arafat, so fährt der Berichtstatter fort, habe es im Angesicht der unbelehrbaren Widersacher Syrien und Libyen geschafft, jede Diskussion von Beginn an zu verhindern und so die Wiederaufnahme Ägyptens durchzusetzen, ohne »die Angelegenheit zur Abstimmung« zu stellen⁵.

In Ägypten wurde der Wiederaufnahmebeschluß als eine